

Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist und Gott, was Gottes ist –

Gedanken zum Verhältnis von Staat und Kirche

(29. Sonntag i. J.: Ex 22,20-26; 1 Thess 1,5c-10; Mt 22,34-40)

Es gibt Worte aus dem Munde Jesu, die zwar durch die Jahrhunderte hindurch gewirkt haben, aber ihre ganze Kraft, ihr ganzes Potential erst in jüngerer Zeit, also nach annähernd zwei Jahrtausenden entfaltet haben. Ein solches Wort haben wir soeben im Evangelium gehört: *Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist* – in dieser Übersetzung haben es viele von Ihnen im Ohr.

Mit diesem Wort ist ein absolutes Novum, etwas völlig Neues in unsere Welt gekommen, und es lohnt sich, diesem Neuen einmal nachzugehen. Werfen wir zunächst einen kurzen Blick auf die Szene, von der Matthäus berichtet.

Zunächst möchte man fast ausrutschen auf der „Schleimspur“ schmeichlerischer Worte, mit denen die Pharisäer das Gespräch einleiten. Dass Jesus immer die Wahrheit sage und nichts als die Wege Gottes lehre und niemandem nach dem Mund rede, weil er nicht auf die Person sehe, wird beflissen ausgeführt. Doch dieses Schöntun entlarvt sich – um es mit einem sehr derben, aber treffenden bayerischen Ausdruck zu sagen – als „hinterfotziges“ Gerede angesichts des Glatteises, auf das man Jesus führen möchte. Seit dem Jahr 6 n. Chr. war es auch Juden auferlegt, der verhassten römischen Besatzungsmacht Steuern zahlen zu müssen. Ein Teil der Juden – Zeloten, Sikarier, zu denen übrigens der Apostel Simon, genannt der Zelot und vermutlich auch Judas Iskariot gehörten – ging dazu in Fundamentalopposition, die auch Kampf und Gewalt beinhaltete. Die Pharisäer hatten sich mit der neuen Situation arrangiert. Sie zahlten die Steuer, waren aber sicher, dass der Messias genau das nicht mehr tun und sie nicht nur von Abgaben, sondern von der römischen Fremdherrschaft überhaupt befreien werde. Jesus befand sich also in einer Zwickmühle: Hätte er geantwortet, die Zahlung der Steuer sei zu unterlassen, wäre ein guter Grund zur Hand gewesen, ihn als Rebell und Aufrührer den Römern auszuliefern. Genau darauf lautete ja auch die Anklage, als Jesus nur wenige Zeit später vor Pilatus stand. Hätte er dagegen geantwortet, die Steuer sei selbstverständlich zu zahlen, wäre erwiesen gewesen, dass er ein falscher Prophet und eben nicht der Messias ist. Er hätte sich selbst gewissermaßen falsifiziert.

Die verblüffende Antwort, die Jesus gibt, ist nicht nur genial, sondern von kaum zu überschätzender Bedeutung für die weitere Entwicklung des Verhältnisses von Kirche und Staat im christlichen Abendland. Warum?

In allen menschheitlichen Kulturen galt die politische Macht als sakral. Ob Pharao, ob Kaiser, König oder Stammesfürst – immer wurde sie auch religiös begründet und göttlich legitimiert. Oft war der Kaiser oder König zugleich höchster Priester. Irdische Herrschaft erfuhr so eine numinose, also geradezu göttliche Überhöhung.

In der Neuzeit hat sich dies übrigens auf andere Weise fortgesetzt. Der Führerkult unseligen Angedenkens in Deutschland, der aktuelle in Nordkorea und so manchen anderen Staaten, der Kult um die mit absoluter Macht ausgestattete Partei im kommunistischen Russland, in der DDR und anderen Satellitenstaaten des ehemaligen Ostblocks, in China und anderswo – die Aura, mit der sich die Staatsmacht allenthalben umgibt und mittels verschiedenster Zeremonien und Rituale selbst inszeniert, trug und trägt immer auch geradezu religiöse Züge.

Auch im Raum der Bibel gab es zunächst keinerlei Trennung von Politik und Glaube. Mose war nicht nur religiöser, sondern auch richterlicher und die politischen Geschicke lenkender Prophet. 600 Jahre nach Jesus treffen wir in Mohammed dasselbe an. Zunächst war es ein religiöser Impuls, den er empfing. Doch auch er wurde Religionsstifter, Krieger und Staatsmann in einem. Glaube, Politik und Recht haben im Islam eine einzige Quelle, nämlich den Koran, die Hadithe als Sammlung der Worte des Propheten und die daraus resultierende Scharia. Deswegen glaube ich einfach auch nicht daran, dass es im Raum eines herrschenden Islam je zu einer Trennung von Staat und Kirche kommen wird. Gelingen kann das nur, wenn es aus dem Inneren eines Glaubens kommt. Aber genau das steht dem grundlegenden Selbstverständnis des Islam dia-

metral entgegen; denn dass hier beides eins ist, weil Allah es so will, ist ganz tief in dieser Religion und im Koran und in der Gründergestalt verankert.

Und genau das ist im Christentum anders. Hier kommt die besagte Trennung aus seinem innersten Kern. Und zwar einfach deswegen, weil es, weltgeschichtlich einmalig, auf Jesus selbst zurückgeht. Nicht nur seiner Worte wegen, sondern weil er es gelebt hat. Alle seine Jünger wollten in ihm einen politischen Messias sehen, der ein irdisches, messianisches Gottesreich begründen würde, wenn notwendig, auch mit Waffengewalt und Blutvergießen. Dem erteilt Jesus wiederholt mit schärfsten Worten eine klare Absage. Und zwar mit gutem Grund: Inzwischen wissen wir aus bittersten Erfahrungen, dass alle bisherigen Versuche, einen perfekten Staat im Namen eines fanatischen Atheismus – wie z.B. Kommunisten oder Nationalsozialisten – oder einen Gottesstaat im Namen eines fanatischen Glaubens – wie etwa die Wiedertäufer in der Reformationszeit oder der IS in jüngster Zeit – nicht das Paradies, sondern die Hölle auf Erden produziert haben.

Jesus hat mit all diesen Wunschträumen nichts gemein. „*Mein Reich ist nicht von dieser Welt*“, sagt er zu Pilatus. Die deutliche Trennung zwischen der Aufgabe des Staates – *dem Kaiser, was des Kaisers ist* – und der Aufgabe der Kirche – *Gott, was Gottes ist* – kam zum Durchbruch eigentlich erst in der Zeit der Aufklärung. Doch den Impuls dazu hat nicht diese gegeben, sondern Jesus.

Der lange Weg bis dahin kann hier nicht nachgezeichnet werden. Nur so viel: Die sich nach Jesu Tod und Auferstehung konstituierende Kirche besaß während der ersten drei Jahrhunderte keinerlei politische Macht besaß. Daher konnte sie in dieser Zeit auch gar nicht die Versuchung, beide Sphären unzulässig miteinander zu vermischen. Das änderte sich grundlegend mit Konstantin d. Gr. und der durch ihn bewirkten *Konstantinischen Wende* zu Beginn des 4. Jahrhunderts. Dabei ging die Vermischung eindeutig vom Staat aus, der bestrebt war, die Kirche für politische Zwecke zu vereinnahmen und zu gebrauchen. Wie es die heidnischen römischen Kaiser ganz selbstverständlich praktiziert hatten, so taten es nun auch die christlich gewordenen, nun halt unter christlichem Vorzeichen. Es begann ein sich über fast zwei Jahrtausende erstreckender Kampf vor allem innerhalb der westlichen Christenheit. Die Kirche suchte sich aus der Umklammerung durch die politischen Machthaber zu befreien. Zugleich versuchte sie aber auch ihrerseits immer wieder, die staatliche Gewalt zu dominieren und für eigene Zwecke zu gebrauchen oder gar zu missbrauchen.

Im II. Vatikanischen Konzil hat diese Unterscheidung auch Eingang in lehramtliche Texte gefunden. Das Konzil spricht hier von der „Autonomie der irdischen Wirklichkeiten“. Politik, Wirtschaft und die Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens haben ihre eigene Rationalität. Christen wissen diesbezüglich keineswegs besser als Nichtchristen, was hier jeweils die richtigen und notwendigen Maßnahmen sind. Gott hat dem Menschen dazu die Vernunft gegeben, zu Lösungen für Probleme zu kommen, auf die das Evangelium keine Antworten bereit hält. Wohl aber ist es Christen aufgetragen, den Geist des Evangeliums zur Geltung zu bringen und hineinzutragen in Politik und Gesellschaft für ein humanes, menschen- und schöpfungsfreundliches Gestalten der irdischen Belange. Und es ist ihnen aufgetragen, Einspruch zu erheben, wenn Gesetze Unrecht gutheißen, Arme benachteiligen, Ungerechtigkeiten begünstigen oder gar Tötung wie etwa an Ungeborenen erlauben.

Wir für uns selbst dürfen mitnehmen: Das Christentum hat immer Loyalität gegenüber Regierungen jeglicher Art, auch nicht- oder gar unchristlichen Regierungen gegenüber praktiziert. Nicht zuletzt durch das Gebet für die Regierenden kommt das zum Ausdruck. Allerdings galt und gilt die Loyalität nie vorbehaltlos. Die Grenze ist da erreicht, wo ein Staat Unrecht tut oder gar Unrecht fordert. Dann gilt der Satz aus der Apostelgeschichte: *Wir müssen Gott mehr gehorchen als den Menschen* (vgl. Apg 4,19).

© Pfr. Bodo Windolf